FIDEF

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Nr. 13 / März 1978 ZEITUNG DER FIDEF Einzelpreis DM 1.50



Kongreß zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD 11. / 12. Februar 1978 in Gelsenkirchen

INHALT

Seite

I m p r e s s u m

Herausgeber für die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (FIDEF) :
Recep Genc

Verantwortlicher Redakteur :
Ercüment Toker

Redaktion :
Postfach 320 304, 4000 Düsseldorf 30 . Tel. (0211) 66 42 84

Bankverbindungen :
FIDEF Postscheckamt Essen, Konto- Nr. 1764 62 - 437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto - Nr. 1 555 823 400

Erscheint monatlich - Jährliches Abonnement : DM 12,-- + 7,oo DM Porto

KONGRESS zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD

Tagesordnungspunkt 1
Eröffnungsansprache

Erklärung der FIDEF zur Absage des Oberstadtdirektors der Stadt Gelsenkirchen, Herrn Prof. Dr. Meya:

Mit großem Bedauern müssen wir mitteilen, daß der Oberstadtdirektor der Stadt Gelsenkirchen, Prof. Dr. Meya, seine Teilnahme und Mitarbeit an unserem Kongreß mit einem Brief, datiert vom 7. Februar 1978, den wir am Nachmittag des 9. Februar 1978 per Einschreiben erhalten haben, kurzfristig widerrufen hat. Die Begründung, die er für seine Entscheidung gegeben hat, ist uns weitgehend unverständlich und in ihrem Wesen befremdend. Da heißt es (Zitat): "Dennoch muß ich zur Zeit davon Abstand nehmen, auf Ihrem Kongreß zu referieren, da die schwierigen politischen Verhältnisse in Ihrem Heimatland, die Ministerpräsident Ecevit, der meine vollen Sympathien genießt, zu lösen versucht, mir es nicht geeignet erscheinen lassen, auf einer Veranstaltung zu erscheinen, deren Geschehen im wesentlichen von einer politischen Gruppierung bestimmt wird. Dies würde Akzente setzen, die auch meine zukünftige Zusammenarbeit mit allen Organisationen ausländischer Arbeitnehmer, denen an einem Fortschritt in der Entwicklung der Beziehung zwischen ausländischen Arbeitnehmern und Deutschen gelegen ist, erschweren würden."

Unverständlich ist uns diese Begründung zum einen, weil es hier einerseits eine Kluft zwischen den demokratischen Kräften in der Türkei und denen in der FIDEF, der größten ausländischen Arbeiterorganisation, zusammengefaßten Arbeitern unterstellt: gerade unser Verband hat auf breitester Ebene die Wahl Ecevits unterstützt und sogar Heimflüge zu den Wahlen in großem Umfang organisiert. Wie von allen demokratischen Parteien unseres Heimatlandes, werden auch von der Republikanischen Volkspartei (CHP) Ecevits die FIDEF in seinen Forderungen unterstützt. Ein Grußschreiben des amtierenden Kultusministers der Türkei, Herrn Necdet UGUR, der gleichzeitig Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei ist, liegt hier vor.

Wir wenden uns entschieden gegen die Behauptung, die FIDEF vertrete eine politische Richtung; vielmehr arbeiten in den Mitgliedsvereinen sowie in leitenden Organen der FIDEF demokratische Kräfte der unterschiedlichsten Weltanschauungen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik, nicht zuletzt ist die Problematik, die wir mit unserem heutigen Kongreß angehen wollen, ein selbstredendes Zeugnis für diese Zielsetzung.

Wir glauben behaupten zu dürfen, daß die Zusammenarbeit mit uns in keinem Falle die Kooperation mit anderen demokratischen Ausländerverbänden behindern dürfte, vielmehr begünstigen, da diese ja selbst mit uns in Kontakt stehen und die auf Bundesebene größten Ausländerverbände ihrer Nationalitäten sind. An dieser Stelle erlauben wir uns, einige Nationalitäten zu nennen: Griechen, Spanier, Italiener, Koreaner, Marokkaner, Inder, Portugiesen.

Eine Ablehnung dürfte die Kooperation allenfalls bei nationalistischen von gewissen Parteien gelegten kleinen antigewerkschaftlichen Splittergruppen, sowie faschistischen Terrorgruppen, wie den

Grauen Wölfen, provozieren, von denen wir unterstellen dürfen, daß Prof. Dr. Meya ihren Kontakt nicht suchen will.

Wir bedauern diese Absage so sehr, als unser Kongreß versuchen will, zu konstruktiven Lösungsvorschlägen eines komplexen Problems zu kommen, deren Verwirklichung tatsächlich einen Fortschritt im Zusammenleben zwischen ausländischer und deutscher Bevölkerung bedeuten würde. Wir hoffen und wünschen im Interesse der gesamten arbeitenden Bevölkerung dieses Landes, daß Prof. Dr. Meya sich wieder zum Gespräch mit uns bereit erklärt.

Gelsenkirchen, 11. Febr. 1978
Gesamtschule Berger Feld

Bundesvorstand der FIDEF
i.A. H. Dikme

ANSPRACHEN

R. Genç, Vorsitzender (Bild)

H.Dikme, Generalsekretär



Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Eltern, Lehrer, Erzieher und Freunde!
Werte Gäste!

In dem Aufruf der FIDEF zum Kongress zur Bildungssituation türkischer Kinder hieß es: "Wer unseren Kindern und Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung in einem Maße vorenthält, wie das heute geschieht, spielt mit dem Feuer. So wird sozialer Sprengstoff angehäuft, der chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern muß und auf die Dauer zu den für alle Beteiligten sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen muß." Diese Worte bringen unsere Sorge um die Zukunft unserer Kinder ganz klar zum Ausdruck. Weiterhin wird deutlich, daß die ungelöste Frage, die miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder, gleichzeitig eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft ist. Die Sorgen der ausländischen und einheimischen Arbeiterkinder sind die gleichen. Mit einem kleinen Unterschied:

Nämlich daß der in diesem sogenannten dreigliedrigen Schulsystem innewohnende Widerspruch bei Kindern ausländischer Arbeiter noch krasser zu Tage tritt als bei den Einheimischen und dadurch sein anti-demokratisches Wesen unverhüllt bloßlegt.

Es ist also kein Zufall, daß FIDEF sich dieses brisanten gemeinsamen Problems angenommen hat, um zu zeigen, daß sie jederzeit bereit ist, einen konstruktiven Beitrag zur Lösung dieser Probleme zu leisten. Dieser Kongreß bildet den Anfang unserer diesbezüglichen Arbeit. Der Bericht, den der Bundesvorstand der FIDEF zum Kongreß vorlegen wird, trägt den Charakter eines Grundsatzpapiers. Er weist auf die Hauptverantwortlichen dieser Bildungsmisere und die Ursachen, er lehnt jede Form der Segregation, unter welchem schönen Namen sie auch verhüllt sein mögen, ab. Deswegen lautet unsere Hauptlosung "für das Recht der Arbeiterjugend auf eine moderne, humanistische, wissenschaftlich fundierte Bildung".



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde, werte Gäste,
eine Bestandsaufnahme der Bildungssituation ausländischer sowie türkischer Arbeiterkinder wird hier unumgänglich: Zur Zeit leben ca. 1 Million ausländischer Arbeiterkinder in der Bundesrepublik Deutschland. Mehr als ein Drittel, ca. 350.000 davon sind Kinder türkischer Arbeiter. Eine dpa-Analyse vom 25.4.1974 für die gesamte Bundesrepublik kommt zu folgendem Ergebnis: "Rund 950.000 ausländische Kinder leben mit ihren Eltern in der Bundesrepublik, 750.000 von ihnen sind unter 16 Jahre alt, 500.000 fallen unter die deutsche Schulpflicht. Aber nur etwa 210.000 Ausländerkinder besuchen nach offizieller Schätzung die allgemeinbildenden Schulen. Damit nehmen ein Drittel aller ausländischer Kinder überhaupt nicht am Schulunterricht teil. Die nicht zu ermittelnde Dunkelziffer dürfte die verbleibende Zwei-Drittel-Beteiligung ausländischer Kinder am deutschen Unterricht wesentlich drücken." (Die Deutsche Schule, hrg. GEW im DGB, Nr. 10/77). Dieser Umstand hat sich bis heute im wesentlichen nicht geändert. Vor kurzem stellte das Statistische Landesamt von NRW fest, daß hier fast jedes dritte ausländische Kind im schulpflichtigen Alter, in Zahlen ausgedrückt, fast 50.000, der Schule fernbleibt.

Die für den Bildungsbereich verantwortlichen Stellen in der BRD haben nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben diesen ausländischen Kindern gegenüber - die allgemeine Schulpflicht - durchgesetzt, obwohl das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in § 7 "Das gesamte Schulwesen unter Aufsicht des Staates" stellt. Die im Grundgesetz verankerten Grundrecht gelten auch für die Ausländer. Auch das Recht auf Ausbildung ist ein Menschenrecht, wie es im Artikel 26 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist. Nach Schätzungen gehen über 450.000 ausländische Kinder zur Schule. Im Schuljahr 1976 besuchten 139.192 türkische Kinder die allgemeinbildenden Schulen in der Bundesrepublik Deutschland, darunter 51.132 in NRW.

Im Bundesmaßstab besuchten darunter 127.622, in NRW 48.647, die Grund- und Hauptschule, d.h. im Bundesmaßstab 92 %, in NRW 95 % aller türkischen Schüler in allgemeinbildenden Schulen:

Von diesen türkischen Schülern der Grund- und Hauptschulen verlassen im Bundesmaßstab 60 bis 65 % die Hauptschule ohne Abschluß. Diese Zahl erhöht sich in Westberlin auf sogar 72,8 %. Das bedeutet, daß die überwäl-

tigende Mehrzahl der ausländischen Arbeiterkinder ohne Schulbesuch bzw. ohne den niedrigsten Bildungsabschluß zu Dauerarbeitslosigkeit und Schwarzarbeit verurteilt ist. Diese Entwicklung läuft daraus hinaus, daß die Hauptschulen in vielen Großstädten nach und nach zu Sonderschulen für ausländische Arbeiterkinder werden.

2.420 türkische Schüler besuchen in der BRD die Realschule, darunter 560 in NRW, das bedeutet, daß in der BRD nur 1,7 % der Schüler in den allgemeinbildenden Schulen die Realschule besuchen. Diese Zahl beläuft sich in NRW auf nicht mehr als 1 %. In Gymnasien sieht es nicht anders aus. Für Gymnasien beträgt dieser Prozentsatz für die gesamte BRD 1,6, für NRW 1,3 %. Ausgehend von dieser traurigen Tatsache heißt unsere Forderung: "Bringt unsere Kinder aufs Gymnasium!"

Knapp 15.838 türkische Schüler besuchen die Berufschule, d.h. knapp 10 % aller türkischen Schulkinder in der BRD. Dieser Prozentsatz beträgt in NRW 8 %.

In NRW gingen 1976 24.631 türkische Schüler in die Vorbereitungsklassen, für die knapp 566 türkische Lehrer zur Verfügung stehen. Das heißt, für 43 Schüller kommt nur ein Lehrer. Unter den heute vorherrschenden Bedingungen werden die Vorbereitungsklassen, ob Langform oder Kurzform, zu nationalen Zwergschulen umfunktioniert und sind damit weit davon entfernt, ihrer Aufgabe den ausländischen Arbeiterkindern gegenüber nachzukommen: Sie innerhalb von ein oder zwei Jahren in die Regelklassen zu führen.

Eine andere Gefahr bilden die Einrichtungen der sogenannten "Sonderschulen für Lernbehinderte" für unsere Kindern. In manchen Orten, so z.B. in Gelsenkirchen-Rotthausen, sollen 30 % unserer Kinder in diese Schulen gesteckt werden. Dies ist nicht nur eine höchste Form der nationalen Diskriminierung und Segregation, sondern auch Untergrabung der Völkerverständigung und -freundschaft zwischen den Völkern der Türkei und der Bundesrepublik.

Diese kurze Bestandsaufnahme zeigt, wie gefährlich die heute von verantwortlichen Stellen verfolgte Politik für das deutsche Volk sein kann, wie weit dies dem Berufsanspruch unserer deutschen Kolleginnen und Kollegen schadet. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Überwindung dieses organisierten Chaos im Bildungsbereich nur durch konsequentes Handeln der deutschen Werktätigen mit ihren ausländischen Kolleginnen und Kollegen zum Scheitern gebracht werden kann. Durch Stärkung unserer Gewerkschaften, des DGB und der GEW. Wir werden vor allem uns weiterhin dafür einsetzen, daß immer mehr unserer Kollegen sind in die Reihen der Gewerkschaften anschließen. Wir sind fest davon überzeugt, daß wir alleine diese Bildungsmisere nicht überwinden können. Wir zeigen aber, daß wir bereit, willens und fähig sind, mit unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen Seite an Seite zu kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
all diese Frage und weitere wurden in weiten Bereichen der Mitgliedsvereine und des Bundesvorstandes der FIDEF grundsätzlich erläutert. Er verschafft über unsere grundsätzliche Haltung Klarheit. Sicherlich muß jeder Punkt, der im Bericht dargelegt worden ist, erweitert und durch konkrete Vorschläge angereichert werden. Diese Arbeit wird sich sicherlich auf eine breitere Basis stützen. Die Lösung der Probleme der ausländischen Arbeiterkinder ist nicht isoliert von der allgemeinen, sozialen, politischen und ökonomischen Lage der ausländischen Arbeiter zu verwirklichen. Ohne die Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene, ohne die Verfestigung der Aufenthalts- und Arbeiterlaubnis, d.h. ohne die unumgängliche und rechtmäßige Erteilung der unbegrenzten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, ohne die Beseitigung der Ghettosituationen, ohne die Lösung der Wohnungsprobleme, und schließlich ohne die Lösung der Sprachprobleme der Ausländer, ist eine wahre Integrationspolitik auch in der Schule unmöglich.



Deswegen treten wir ein

- Für die Popularisierung der demokratischen Gesamtschule,
- Für das Recht der deutschen sowie ausländischen Arbeiterjugend auf eine moderne, humanistische und wissenschaftlich fundierte Bildung,
- Für die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht auch für die Kinder ausländischer Arbeiter,
- Gegen die nationale Diskriminierung und Segregation,
- Für die gemeinsame Beschulung deutscher und ausländischer Kinder,
- Für das gemeinsame Handeln der Arbeiterjugend für das Recht auf Bildung und Arbeit.

Liebe Freunde,
unser Kongreß, an dem nicht nur wir, die türkischen Arbeiter mitwirken werden, sondern auch unsere deutschen und die anderen ausländischen Kolleginnen und Kollegen, hat somit sein erstes Ziel erreicht.

Ich Wünsche im Namen des Bundesvorstandes der FIDEF dem Kongreß in seinem Verlauf und Ergebnissen viel Erfolg in der Hoffnung, daß er hinsichtlich der Probleme der Kinder ausländischer Arbeiter einen konstruktiven Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten möge.

Ich möchte micht für das gezeigte Interesse und das zahlreiche Erscheinen herzlich bedanken.



2. KONGRESS DER FIDEF

25./26. März 1978
SAMSTAG und SONNTAG
Jugendzentrum
Papestraße 1
4300 Essen

EINLADUNG

In der BRD und Westberlin leben heute ca. 4 Millionen Ausländer. Über ein Viertel davon bilden die türkischen Arbeiter mit ihren Familienangehörigen. Obwohl 20 Jahre vergangen sind, ist nicht einmal eine Tendenz seitens der Bundesregierung zu registrieren, die darauf abzielt, den Problemen der ausländischen Arbeiter ernsthafte Lösungen zu bringen. Der Wirklichkeit widerspottend, wird der Versuch unternommen, die Existenz der ausländischen Arbeiter als vorübergehende Erscheinung zu zeigen. Die offizielle Ausländerpolitik besteht darin, sie nur als Arbeitskräfte zu sehen, die nach der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes reguliert werden. Im Wettrennen mit der ökonomischen, politischen und sozialen Krise in den 70iger Jahren, wurden die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeiter verschlechtert. Als Ausweg aus der Ausweglosigkeit der Krise werden die Lasten dieser Krise im allgemeinen auf den Rücken der arbeitenden Menschen in diesem Lande, im besonderen der ausländischen Arbeiter gewälzt. Folglich mußten seit dem Anwerbestopp 800 000 ausländische Arbeiter die BRD verlassen.

Unter solch ähnlichen Bedingungen wurde vor einem Jahr die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD, FIDEF, gegründet. Die FIDEF, die 65 regionale Vereine der türkischen Arbeiter in der BRD und Westberlin unter ihrem Dach zusammengeschlossen hat, weckte durch ihre Tätigkeit große Aufmerksamkeit sowohl unter den türkischen und anderen ausländischen Arbeitern, als auch unter der bundesdeutschen Öffentlichkeit sowie den Behörden, politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und den demokratischen Massenorganisationen. FIDEF fand die Sympathie und Unterstützung dieser Kreise und wurde selbst zu einem häufigen Diskussionsthema. Die Existenz der FIDEF schafft eine günstige Grundlage für diejenigen offiziellen Stellen, Institutionen, Organisationen und Menschen, die gewillt sind, für die Probleme der ausländischen Arbeiter gerechte Lösungen zu finden.

Am 25./26. März 1978 führt FIDEF ihren zweiten Kongreß in Essen durch.
Wir möchten Sie herzlich zu unserem Kongreß einladen, auf dem die FIDEF ihre Tätigkeit auswerten und die Hauptrichtlinien für die Zukunft bestimmen wird.

Recep GENC
FIDEF-Vorsitzender

Haydar DIKME
FIDEF-Generalsekretär

Tagesordnung

SAMSTAG, 25. März 1978

13.00	Beginn des Kongresses Eröffnungsansprachen (türkisch und deutsch) R. GENC, Vorsitzender der FIDEF H. DIKME, Generalsekretär der FIDEF
13.30	WAHL DER KONGRESSLEITUNG
13.45	ANSPRACHEN und VERLESUNG DER GRUSSBOTSCHAFTEN der Vertreter der eingeladenen Organisationen
14.45	VERLESUNG DES TÄTIGKEITS- und KASSENBERICHTES des Bundesvorstandes der FIDEF. Diskussion über die Berichte und Entlastung des Bundesvorstandes.
17.30	BESCHLUSSFASSUNG über die neuen MITGLIEDSCHAFTSANTRÄGE
18.00	Abendessen
19.30 - 23.00	KULTURFEST DES KONGRESSES Chöre, Folklore

SONNTAG, 26. März 1978

8.00 – 9.30	Frühstück
9.45	BESCHLUSSFASSUNG über die Anträge
12.30	Mittagessen
14.00	Wahl des neuen Bundesvorstandes und Ehrenausschusses
17.00	ENDE DES KONGRESSES

Anmeldung: FIDEF Bundesvorstand oder
Türkisches Zentrum in Essen
(nur während des Kongresses)
Tel. 0201 / 22 36 63

PRESSESPIEGEL



Mit diesem Plakat ruft der Bundesverband der türkischen Arbeitervereine (FIDEF) zum Kongreß über die Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik auf, der – wie gemeldet – am 11./12. Februar in der Gesamtschule Berger Feld abgehalten wird. Dort wird ein Bericht zur Bildungssituation vorgelegt und diskutiert. Parteien Gewerkschaften, Lehrerverbände, Jugend- und ausländische Arbeiterorganisationen sollen ihre Vorstellungen entwikkeln. Arbeitsgruppen werden das verarbeiten. Samstagabend bietet die Jugend ein folkloristisches Programm.

Westdeutsche Allgemeine, Gelsenkirchen, 7.2.1978

Der Tagesspiegel, Berlin, 3.2.1978

Bessere Ausbildung für türkische Gastarbeiterkinder verlangt

Bonn (dpa). Die türkischen Arbeitnehmer fordern eine bessere Ausbildung ihrer Kinder in den deutschen Schulen und im Beruf. In einem gestern in Bonn von der „Föderation der türkischen Arbeitervereine" vorgelegten Bericht zur Bildungssituation der rund 350 000 türkischen Kinder in der Bundesrepublik heißt es, nicht einmal ansatzweise sei die allgemeine Schulpflicht bei ausländischen Kindern durchgesetzt worden. Es wird auf das Statistische Landesamt von Nordrhein-Westfalen verwiesen, das festgestellt habe, fast jedes dritte ausländische Kind im Schulalter bleibe der Schule fern.

Als Beispiele werden unter anderem genannt, daß mehr als 60 Prozent der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß wegen schlechter Schulbedingungen nicht erreichen, nur 1827 türkische Kinder im Schuljahr 1974/75 ein Gymnasium besuchten.

tz, München, 3.2.1978



350000 kleine Türken sollen wie Deutsche leben

Bonn: Die Gastarbeiter gehen für ihre Kinder auf die Barrikaden

tz Bonn

Die türkischen Arbeitnehmer in Deutschland gehen für ihre 350 000 Kinder auf die Barrikaden: Sie fordern eine wesentlich bessere Ausbildung ihrer Kinder in den deutschen Schulen und im Beruf. „Nicht einmal ansatzweise ist die allgemeine Schulpflicht bei ausländischen Kindern durchgesetzt", heißt es in einem Bericht, der gestern von der „Föderation der türkischen Arbeitnehmervereine" (FIDEF) in Bonn vorgelegt wurde.

In diesem Bericht wird den Kultusministern vorgeworfen, zu wenig gegen die „katastrophale" Bildungssituation der Gastarbeiter-Kinder zu tun. So würden zum Beispiel mehr als 60 Prozent der Kinder den Hauptschulabschluß wegen schlechter Schulbedingungen nicht erreichen. Jedes dritte ausländische Kind bleibe der Schule fern.

Grundsätzlich, so fordert die FIDEF, sollten türkische Kinder gemeinsam mit ihren deutschen Mitschülern unterrichtet werden. Zusätzlich sollten sie fünf Wochenstunden in der Muttersprache und darüber hinaus Informationen über ihr Heimatland erhalten.

Westdeutsche Allgemeine, Bottrop, 23.1.1978

Türkische Arbeiter zu Bildungsfragen

Kongreß in Gelsenkirchen — 65 regionale Vereine beteiligt

Um die Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik geht es in einem Kongreß, den die Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland (FIDEF) am 11. und 12. Februar in der Gesamtschule Berger Feld in Gelsenkirchen durchführt.

Zur Zeit leben in der Bundesrepublik rund eine Million Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit, darunter etwa 350 000 türkische Kinder. Nur zwei Drittel der Ausländerkinder im schulpflichtigen Alter, so heißt es im Kongreßprogramm der FIDEF, besuchen eine Schule. Die Föderation der türkischen Arbeitervereine als Einheitsverband 65 regionaler Vereine sucht nun nach Lösungswegen in diesem brennenden Problem, durch das — bei weiterer Vernachlässigung — sozialer Sprengstoff angehäuft werde und auf Dauer die Gefahr sinnloser sozialer Auseinandersetzungen bestehe.

Der Bundesvorstand der FIDEF will dem Kongreß einen Bericht vorlegen der zuvor in Bonn im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll.

Berliner Morgenpost, 3.2.1978

Türkische Kinde[r] oft benachteilig[t]

dpa **Bonn, 3. F[ebruar]**

Die türkischen Arbeitnehm[er] fordern eine bessere Ausbild[ung] ihrer Kinder in den deutsc[hen] Schulen und im Beruf. In ein[em] gestern in Bonn von der „Föde[ra]tion der türkischen Arbeiterv[er]eine" (FIDEF) vorgelegten [Be]richt zur Bildungssituation [der] rund 350 000 türkischen Kinde[r in] der Bundesrepublik heißt [es,] nicht einmal ansatzweise sei [die] allgemeine Schulpflicht bei a[us]ländischen Kindern durchges[etzt] worden. Es wird auf das Stati[sti]sche Landesamt von Nordrh[ein-]Westfalen verwiesen, das fest[ge]stellt habe, fast jedes dritte a[us]ländische Kind im Schula[lter] bleibe der Schule fern.

Ferner wird kritisiert, [daß] mehr als 60 Prozent der auslän[di]schen Kinder den Hauptschu[lab]schluß wegen schlechter Schul[be]dingungen nicht erreichen [und] daß nur 1827 türkische Kinde[r im] Schuljahr 1974/75 ein Gymnas[ium] besuchten. Dabei handele es [sich] vorwiegend um Kinder von Ä[rz]ten, Lehrern, Konsulatsbeam[ten] und nur in ganz geringem A[us]maß um Arbeiterkinder.

Die türkischen Arbeiterver[eine] fordern vor allem, daß die tü[rki]schen Kinder grundsätzlich [ge]meinsam mit ihren deutsc[hen] Mitschülern unterrichtet werd[en].

Offenburger Tageblatt, 3.2.1978

Türkische Gastarbeiter kritisieren Schulwesen

Bericht: Allgemeine Schulpflicht nicht einmal andeutungsweise durchgesetzt

Bonn. Die türkischen Arbeitnehmer fordern eine bessere Ausbildung ihrer Kinder in den deutschen Schulen und im Beruf. In einem am Donnerstag in Bonn von der „Föderation der türkischen Arbeitervereine" (FIDEF) vorgelegten Bericht zur Bildungssituation der rund 350 000 türkischen Kinder in der Bundesrepublik heißt es, nicht einmal ansatzweise sei die allgemeine Schulpflicht bei ausländischen Kindern durchgesetzt worden. Es wird auf das Statistische Landesamt von Nordrhein-Westfalen verwiesen, das festgestellt habe, fast jedes dritte ausländische Kind im Schulalter bleibe der Schule fern.

In dem Bericht, der auf einem ersten Bildungskongreß der Arbeitervereine am 11./12. Februar in Essen mit deutschen Bildungsexperten diskutiert werden soll, wird insbesondere den Kultusministerien der Länder vorgeworfen, nichts oder zu wenig gegen die nach Meinung der Autoren „katastrophale" Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder zu tun. Als Beispiele werden unter anderem genannt, daß mehr als 60 Prozent der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß wegen schlechter Schulbedingungen nicht erreichen, nur 1827 türkische Kinder im Schuljahr 1974/75 ein Gymnasium besuchten. Dabei handele es sich vorwiegend um Kinder von Ärzten, Lehrern, Konsulatsbeamten und nur in ganz geringem Ausmaß um Arbeiterkinder.

Die Forderung der türkischen Arbeitervereine geht vor allem dahin, daß die türkischen Kinder grundsätzlich gemeinsam mit ihren deutschen Mitschülern unterrichtet werden. Zusätzlich sollten sie fünf Wochenstunden unterrichtet in der Muttersprache und darüber hinaus Informationen über das Heimatland als zeugniswirksame Pflichtfächer erhalten. Sondereinrichtungen, wie muttersprachliche Klassen oder auch Nationalschulen, die dann am Rande des Schulwesens und fernab jeder öffentlichen Kontrolle ein „trauriges Dasein" fristeten, werden abgelehnt. Entschieden wird für die Durchsetzung der integrierten Gesamtschule plädiert, da nur sie auf Dauer die Interessen der ausländischen Kinder wirksam absichern könne.

Probleme der Ausländerkinder

HANDELSBLATT, Donnerstag, 2. 2. 1978

dpa BONN. Die türkischen Arbeitnehmer fordern eine bessere Ausbildung ihrer Kinder in den deutschen Schulen und im Beruf. In einem am Donnerstag in Bonn von der „Föderation der türkischen Arbeitervereine" (Fidef) vorgelegten Bericht zur Bildungssituation der rund 350 000 türkischen Kinder in der Bundesrepublik heißt es, nicht einmal ansatzweise sei die allgemeine Schulpflicht bei ausländischen Kindern durchgesetzt worden. Es wird auf das Statistische Landesamt von Nordrhein-Westfalen verwiesen, das festgestellt habe, fast jedes dritte ausländische Kind im Schulalter bleibe der Schule fern. In dem Bericht, der auf einem ersten Bildungskongreß der Arbeitervereine am 11./12. Februar in Essen mit deutschen Bildungsexperten diskutiert werden soll, wird insbesondere den Kultusministerien der Länder vorgeworfen, nichts oder zuwenig gegen die nach Meinung der Autoren „katastrophale" Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder zu tun, als Beispiele werden unter anderem genannt, daß mehr als 60 Prozent der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß wegen schlechter Schulbedingungen nicht erreichen, nur 1827 türkische Kinder im Schuljahr 1974/75 ein Gymnasium besuchten.

Handelsblatt, Düsseldorf, 3.2.1978

Augsburger Allgemeine, 3.2.1978

Gastarbeiter fordern bessere Schulbildung

Bonn (dpa) Die türkischen Arbeitnehmer fordern eine bessere Ausbildung ihrer Kinder in den deutschen Schulen und im Beruf. In einem am Donnerstag in Bonn vorgelegten Bericht der „Föderation der türkischen Arbeitervereine" (Fidef) wird darauf verwiesen, daß für die 350 000 türkischen Kinder die allgemeine Schulpflicht nicht einmal ansatzweise verwirklicht worden sei. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise bleibe fast jedes schulpflichtige ausländische Kind dem Unterricht fern. Beklagt wird ferner, daß 60 Prozent der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß nicht erreichten und im Schuljahr 1974/75 nur 1827 Kinder das Gymnasium besuchten. Die Vereine fordern, daß die türkischen Kinder grundsätzlich zusammen mit deutschen Schülern unterrichtet werden. Zusätzlich sollten sie fünf Wochenstunden muttersprachlichen Unterricht erhalten. Entschieden wird für die Einführung der integrierten Gesamtschule plädiert.

Bildungsnotstand bei Ausländerkindern

Türkische Arbeitervereine: Es fehlt an den elementarsten Voraussetzungen

Süddeutsche Zeitung
München, 3.2.1978

Von unserem Redaktionsmitglied Helmut Lölhöffel

Bonn, 2. Februar
In eine „soziale Katastrophe größten Ausmaßes" drohen die Kinder ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik hineinzugeraten. Diese Voraussage ist in einem „Bericht zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD" enthalten, den die Föderation der türkischen Arbeitervereine (FIDEF) am Donnerstag in Bonn vorgelegt hat. Auf einem Kongreß am 11. und 12. Februar in Gelsenkrichen will die FIDEF darüber beraten, welche Auswege aus der Misere sich zeigen.

Mehr als eine Million ausländischer Kinder und Jugendlicher leben zur Zeit in der Bundesrepublik. Allein die Zahl der türkischen Kinder wird von der FIDEF auf 350 000 geschätzt. In den nächsten Jahren werde sie noch erheblich steigen. Für diese Prognose nennt der Bericht zwei Gründe: erstens seien 1976 etwa 20 Prozent (130 00) der Neugeborenen in der Bundesrepublik Kinder ausländischer Eltern gewesen, ihr Anteil habe 1977 weiter zugenommen. Zweitens machten immer mehr hier arbeitende Ausländer von ihrem Recht Gebrauch, nach einiger Zeit ihre Kinder aus dem Heimatland zu sich zu holen.

„Ungeachtet dieser Entwicklung tun die für den Bildungsbereich verantwortlichen Stellen in der BRD nach wie vor so, als gäbe es diese Kinder nicht oder als handle es sich bei ihrer Bildung und Ausbildung um irgendein untergeordnetes Randproblem", bemängelt die FIDEF, in der 65 regionale Vereine hier lebender türkischer Arbeiter und ihrer Familien zusammengeschlossen sind. „Nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für eine Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe diesen Kindern gegenüber — die allgemeine Schulpflicht — haben sie durchgesetzt." In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel bleibe fast jedes dritte ausländische Kind im Schulalter der Schule fern. Für diejenigen ausländischen Arbeiterkinder, die zur Schule gehen, gebe es aber nur formale Regelungen, die es erlaubten, sie möglichst unauffällig und ohne Aufwand in den Klassen unterzubringen, ohne auf ihre besonderen Probleme und Bedürfnisse einzugehen. So gebe es bis heute keine nennenswerten Ansätze, Lehrer für die Besonderheiten der Unterrichtung ausländischer Arbeiterkinder aus- oder fortzubilden. Auch fehle es dafür an geeigneten Lehrmitteln.

Weiter wird in dem Bericht kritisiert, daß die ausländischen Eltern über das Bildungssystem in der Bundesrepublik nicht oder nur unzureichend informiert seien, „so daß man ihnen Entscheidungen abverlangen kann, ohne daß den Eltern die Tragweite dieser Entscheidung bewußt würde". Diese Politik der mangelhaften Information laufe darauf hinaus, den Widerstand der ausländischen Arbeiter gegen „die bildungsmäßige Entrechtung ihrer Kinder" abzuschwächen und zu desorientieren.

Als Ergebnis sehen die Autoren der Studie eine „soziale Katastrophe größten Ausmaßes" kommen. Es wird darauf hingewiesen, daß nach offizellen Angaben etwa 65 Prozent aller ausländischen Arbeiterkinder, die überhaupt eine Schule besuchten, nicht einmal den Hauptschulabschluß schafften. „Das bedeutet, daß die überwältigende Mehrzahl der ausländischen Arbeiterkinder ohne Schulbesuch beziehungsweise ohne den niedrigsten Bildungsabschluß zu Dauerarbeitslosigkeit und Schwarzarbeit verurteilt ist."

Die FIDEF stellt die Grundsatzforderung auf, deutsche und ausländische Eltern müßten gemeinsam den Kampf für das Recht der Arbeiterjugend auf eine moderne, humane, wissenschaftlich fundierte Bildung führen. Detaillierte Änderungsvorschläge will der Gelsenkirchner Kongreß verabschieden.

Bittere Klage über Schulwesen

„Jedes dritte Gastarbeiterkind geht nicht zum Unterricht"

BONN, 2. Februar (dpa). Die türkischen Arbeitnehmer fordern eine bessere Ausbildung ihrer Kinder in den deutschen Schulen und im Beruf. In einem am Donnerstag in Bonn von der Föderation der türkischen Arbeitervereine" vorgelegten Bericht zur Bildungssituation der rund 350 000 türkischen Kinder in der Bundesrepublik heißt es, nicht einmal ansatzweise sei die allgemeine Schulpflicht bei ausländischen Kindern durchgesetzt worden. Es wird auf das Statistische Landesamt von Nordrhein-Westfalen verwiesen, das festgestellt habe, fast jedes dritte ausländische Kind im Schulalter bleibe der Schule fern.

In dem Bericht wird insbesondere den Kultusministerien der Länder vorgeworfen, nicht oder zu wenig gegen die nach Meinung der Autoren „katastrophale" Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder zu tun. Als Beispiele werden unter anderem genannt, daß mehr als 60 Prozent der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß wegen schlechter Schulbedingungen nicht erreichen und nur 1827 türkische Kinder im Schuljahr 1974/75 ein Gymnasium besuchten. Dabei handele es sich vorwiegend um Kinder von Ärzten, Lehrern, Konsulatsbeamten und nur in ganz geringem Ausmaß um Arbeiterkinder.

Die Forderung der türkischen Arbeitervereine geht vor allem dahin, daß die türkischen Kinder grundsätzlich gemeinsam mit ihren deutschen Mitschülern unterrichtet werden. Zusätzlich sollten sie fünf Wochenstunden Unterricht in der Muttersprache und darüber hinaus Informationen über das Heimatland als zeugniswirksame Pflichtfächer erhalten. Sondereinrichtungen, wie muttersprachliche Klassen oder auch Nationalschulen, die dann am Rande des Schulwesens und fernab jeder öffentlichen Kontrolle ein „trauriges Dasein" fristeten, werden abgelehnt.

Frankfurter Rundschau, 3.2.1978

Trierischer Volksfreund,
3.2.1978

Türken fordern bessere Ausbildung

BONN (dpa). Die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik fordern eine bessere Ausbildung ihrer Kinder in Schule und Beruf. In einem am Donnerstag in Bonn von der „Föderation der türkischen Arbeitervereine" (Fidef) vorgelegten Bericht zur Bildungssituation heißt es, nicht einmal ansatzweise sei die allgemeine Schulpflicht bei ausländischen Kindern durchgesetzt worden. Es wird auf Angaben des Statistischen Landesamtes von Nordrhein-Westfalen verwiesen, das festgestellt habe, fast jedes dritte schulpflichtige ausländische Kind bleibe dem Unterricht fern. In dem Bericht, der auf einem ersten Bildungskongreß der Arbeitervereine am 11./12. Februar in Essen mit deutschen Bildungsexperten diskutiert werden soll, wird insbesondere den Kultusministerien der Länder vorgeworfen, nichts oder zu wenig gegen die nach Meinung der Autoren „katastrophale" Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder zu tun.

Türken fordern auf Kongreß:

Die Segregation muß aufhören

FIDEF diskutiert Bildungssituation in BRD



FACHSIMPELEIEN am Rande des Bildungs-Kongresses unter „Kollegen": Semsa Teber aus Gelsenkirchen und der Vorsitzende des türkischen Lehrerverbandes, Gazioglu.

Die Bildungsmisere ausländischer Arbeiterkinder, speziell die der türkischen, war heiß diskutiertes Thema auf dem Bildungs-Kongreß der Föderation der türkischen Arbeitervereine (FIDEF) in der Gesamtschule Berger Feld. Trotz der deutlichen Zahlen, die der Bundesvorsitzende der FIDEF, Recep Genc, den Delegierten aus 65 Ortsvereinen zur Diskussion vorlegte, ließen sich aus deutscher Sicht Vertreter von Kommune und Rat entschuldigen. Auch Oberstadtdirektor Professor Meya zog seine einmal gegebene Zusage zurück. Vermutlich, weil die Veranstaltung durch Vertreter einiger deutscher K-Gruppen zu einseitig belastet wurde.

In seiner Bestandsaufnahme der Bildungssituation ausländischer sowie türkischer Arbeiterkinder erwähnte Genc, daß von rund einer Million ausländischer Kinder in der BRD rund 350 000 Kinder türkischer Arbeitnehmer seien. Fast jedes dritte Kind aus dem Ausland bliebe der Schule fern.

Im Schuljahr 1976 besuchten 139 192 türkische Kinder allgemeinbildende Schulen, darunter 51 132 in NRW. 48 647 Türken-Kinder sind Grund- und Hauptschüler in NRW. Von diesen Schülern verlassen im Bundesmaßstab 60 bis 65 v. H. die Hauptschule ohne Abschluß.

566 türkische Lehrer unterrichten in NRW 24 631 Schüler in Vorbereitungsklassen. Das heißt für NRW, für 43 Schüler steht ein Lehrer zur Verfügung. Genc befürchtet, daß somit die Vorbereitungsklassen zu nationalen Zwergschulen umfunktioniert würden, die weit davon entfernt seien, die Kinder innerhalb ein oder zwei Jahren in die Regelklassen zu führen.

Eine andere Gefahr bilden nach Meinung des FIDEF-Vorsitzenden die Einrichtungen sogenannter „Sonderschulen für Lernbehinderte". In manchen Orten, so z. B. in Gelsenkirchen-Rotthausen, sollen 30 v. H. der türkischen Kinder in diese Schule gesteckt werden. „Dies ist eine Höchstform an nationaler Diskriminierung und Segregation", gab der FIDEF-Vorsitzende empört an.

In seinem kurzen Grußwort erinnerte der Dortmunder Schulleiter Häger, als Vertreter des bundespolitischen SPD-Arbeitskreises für Bildungsfragen, daß sich Bund und Länder dieser Problematik bewußt seien. So wurde darauf hingewiesen, daß sich Ende des Jahres ein „Arbeitskreis ausländische Kinder und Jugendliche" konstituiert habe. Fachreferenten, so führte der Dortmunder aus, bemühen sich um ein Papier mit Vorschlägen für eine Fortführung von einigen Modellvorhaben.

Nach dem zum Teil deprimierenden Zahlenspiel des Nachmittags, das aus türkischer Sicht vom Vorsitzenden des türkischen Lehrerverbandes Gazioglu ergänzt wurde, trafen sich die Delegierten am Abend zu ausgelassenen Stunden in der Gesamtschule. Folkloristische Klänge aus der Heimat, dargeboten von Duisburger und Gelsenkirchener Gruppen, versöhnten mit den harten Tönen des Vormittags.

Westdeutsche Allgemeine, Dortmund, 13.2.1978



BEGEISTERUNG lösten Darbietungen heimatlicher Klänge von Folklore-Gruppen aus Duisburg und Gelsenkirchen unter den FIDEF-Delegierten aus, als sie sich nach der Tagung zur Kulturveranstaltung wiedertrafen.

Recklinghäuser Zeitung, 11.2.1978

[illegible] fordern [illegible] Schulausbildung

Die türkischen Arbeitnehmer fordern eine bessere Ausbildung ihrer Kinder in den deutschen Schulen und im Beruf. In einem in Bonn von der „Föderation der türkischen Arbeitervereine" (FIDEF) vorgelegten Bericht zur Bildungssituation der rund 350 000 türkischen Kinder in der Bundesrepublik heißt es, nicht einmal ansatzweise sei die allgemeine Schulpflicht bei ausländischen Kindern durchgesetzt worden. Es wird auf das Statistische Landesamt von Nordrhein-Westfalen verwiesen, das festgestellt habe, fast jedes dritte ausländische Kind im Schulalter bleibe der Schule fern.

In dem Bericht, der auf einem ersten Bildungskongreß der Arbeitervereine am 11./12. Februar in Essen mit deutschen Bildungsexperten diskutiert werden soll, wird insbesondere den Kultusministerien der Länder vorgeworfen, nichts oder zuwenig gegen die nach Meinung der Autoren „katastrophale" Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder zu tun. Als Beispiele werden unter anderem genannt, daß mehr als 60 Prozent der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß wegen schlechter Schulbedingungen nicht erreichen, nur 1827 türkische Kinder im Schuljahr 1974/75 ein Gymnasium besuchten. Dabei handele es sich vorwiegend um Kinder von Ärzten, Lehrern, Konsulatsbeamten und nur in ganz geringem Ausmaß um Arbeiterkinder.

Die Forderung der türkischen Arbeitervereine geht vor allem dahin, daß die türkischen Kinder grundsätzlich gemeinsam mit ihren deutschen Mitschülern unterrichtet werden. Zusätzlich sollten sie fünf Wochenstunden Unterricht in der Muttersprache und darüber hinaus Informationen über das Heimatland als zeugniswirksame Pflichtfächer erhalten.

Heilbronner Stimme, 13.2.1978

Türkische Arbeitervereine: „Miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder"

Unzureichende Schulbildung / Distanz zu linkslastigem FIDEF-Bildungsprogramm

Gelsenkirchen (dpa). Die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder" ist nach Ansicht der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft. Wer ihnen weiter wie bisher eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer", warnte FIDEF-Bundesvorsitzender Recep Genc auf einem zweitägigen Kongreß seiner Organisation zur Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik vor mehreren hundert Teilnehmern am Wochenende in Gelsenkirchen.

- Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „Chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern und auf die Dauer zu sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen".
- Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern – die allgemeine Schulpflicht – durchgesetzt".
- Nach Schätzungen gingen weniger als die Hälfte der zur Zeit rund eine Million ausländischen Arbeiterkinder, davon etwa 350 000 Türken, in die Schule. 92 Prozent der Eingeschulten besuchten lediglich die Grund- und Hauptschule, erreichten aber zu 60 bis 65 Prozent keinen Abschluß.
- Eine Lösung dieses Problems sei ohne unbegrenzte Autenthalts- und Arbeitserlaubnisse, ohne Wahlrecht auf kommunaler Ebene und ohne Beseitigung der Gettosituation für Ausländer unmöglich.

In der Föderation der Türkischen Arbeitervereine (FIDEF) sind nach eigenen Angaben rund 65 Vereine mit zusammen etwa 30 000 Mitglieder zusammengeschlossen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte auf eine FIDEF-Einladung zum Kongreß gar nicht erst reagiert, weil nach seiner Ansicht die Führung der Organisation „eindeutig kommunistisch" sei und Probleme „oft unsachlich" darstelle. Dagegen nahmen an der Veranstaltungseröffnung Beauftragte der Bundesvorstände von SPD und FDP teil, die sich in ihren ausführlichen Grußworten aber auch deutlich kritisch zum stark linkslastigen FIDEF-Bildungskonzept äußerten.

Frankfurter Rundschau, 13.2.1978

„Spiel mit dem Feuer"

GELSENKIRCHEN, 12. Februar (dpa). Die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder" ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (Fidef) eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft. Wer ihnen weiter wie bisher eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer", warnte Fidef-Bundesvorsitzender Recep Genc zur Eröffnung eines zweitägigen Kongresses zur Bildungssituation türkischer Kinder am Wochenende in Gelsenkirchen.

Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „auf die Dauer zu sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen". Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern — die allgemeine Schulpflicht — durchgesetzt".

Nürnberger Zeitung, 13.2.1978

Türken beklagen Schulsituation ihrer Kinder

GELSENKIRCHEN. — Die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder" ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft. Wer ihnen weiter wie bisher eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer", warnte in Gelsenkirchen FIDEF-Bundesvorsitzender Recep Genc zur Eröffnung eines zweitägigen Kongresses seiner Organisation, auf dem die Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik erörtert wurde.

Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern und auf die Dauer zu sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen". Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern — die allgemeine Schulpflicht — durchgesetzt".

Rheinische Post, Düsseldorf, 13.2.1978

TÜRKENKINDER. Die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder" ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) unerträglich. Wer ihnen weiter eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer" warnte FIDEF-Bundesvorsitzender Recep Genc auf einem Kongreß seiner Organisation in Gelsenkirchen.

Frankenpost, Hof (Bay.), 13.2.1978

Türkische Gastarbeiter warnen Deutsche

„Wer Kindern der Ausländer eine qualifizierte Ausbildung versagt, spielt mit dem Feuer"

GELSENKIRCHEN. - Organisationen der Gastarbeiter schalten sich, neuerdings sogar mit Warnungen, immer mehr in die Diskussion über gesellschaftspolitische Fragen in der Bundesrepublik ein. Eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeiterkinder (FIDEF) die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder". Wer ihnen weiter wie bisher eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer", warnte FIDEF-Bundesvorsitzender Recep Genc zur Eröffnung eines Kongresses seiner Organisation zur Bildungslage türkischer Kinder in der Bundesrepublik vor mehreren hundert Teilnehmern am Wochenende in Gelsenkirchen.

Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern und auf die Dauer zu sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen". Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern - die allgemeine Schulpflicht - durchgesetzt".

Nach Schätzungen von Genc geht weniger als die Hälfte der zur Zeit rund einer Million ausländischen Arbeiterkinder in der Bundesrepublik, davon etwa 350 000 Türken, in die Schule. 92 Prozent der Eingeschulten besuchten lediglich die Grund- und Hauptschule, erreichten aber zu 60 bis 65 Prozent keinen Abschluß. Eine Lösung dieses Problems sei ohne unbegrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, ohne Wahlrecht auf kommunaler Ebene und ohne Beseitigung der „Getto-Situation" für Ausländer unmöglich.

In einer Erklärung betonte der FIDEF, daß die Organisation 65 Vereine mit etwa 30 000 Mitgliedern umfasse. In der Leitung arbeiteten „demokratische Kräfte der unterschiedlichsten Weltanschauungen" zusammen. Der Verband sei auf breitester Ebene für die Wahl des neuen türkischen Regierungschefs Bülent Ecevit eingetreten und werde von dessen Republikanischen Volkspartei, die etwa der bundesdeutschen SPD entspreche, in seinen Forderungen unterstützt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte auf eine FIDEF-Einladung zum Kongreß gar nicht erst reagiert, weil nach seiner Ansicht die Führung der Organisation „eindeutig kommunistisch" sei und Probleme „oft unsachlich" darstelle. Dagegen nahmen an der Gelsenkirchener Veranstaltung Beauftragte der Bundesvorstände von SPD und FDP teil, die sich in ihren ausführlichen Grußworten aber auch deutlich kritisch zum starken linkslastigen FIDEF-Bildungskonzept äußerten.

●●

Buersche Zeitung, Gelsenkirchen-Buer, 13.2.1978

Prof. Meya sagt Teilnahme ab — DGB rief zum Boykott auf

Bildungskongreß wendet sich gegen ausländische Vorbereitungsklassen

Föderation türkischer Arbeitervereine gegen jede nationale Diskriminierung

Buer. Gegen jede Form nationaler Diskriminierung ausländischer Kinder an deutschen Schulen hat sich am Wochenende in der Gesamtschule ein von der „Föderation der türkischen Arbeitervereine" einberufener Kongreß zur Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik gewandt. Vor über 500 überwiegend türkischen Teilnehmern, unter ihnen zahlreiche Pädagogen, warnte der Vorsitzende der Föderation, Recep Genc, davor, die Lösung der Probleme der ausländischen Arbeiterkinder weiter aufzuschieben. Wer der zweiten Ausländergeneration in der Bundesrepublik eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, häufe sozialen Sprengstoff an.

Wenn das Statistische Landesamt von NRW feststelle, daß in diesem Land fast jedes dritte Kind im schulpflichtigen Alter der Schule fernbleibe, dann erfüllten hierzulande die Verantwortlichen nicht einmal ihre grundlegenden Pflichten" diesen Kindern gegenüber, Genc, dessen Föderation 65 regionale türkische Vereine in der Bundesrepublik vertritt (darunter den Türkischen Arbeiterverein Gelsenkirchen), wies darauf hin, daß von den 350 000 hier aufwachsenden türkischen Kindern, von denen nur eine verschwindend kleine Minderheit weiterführende Schulen besücht, nahezu zwei Drittel die Hauptschule ohne Abschluß verlassen. Die Entwicklung laufe darauf hinaus, daß in vielen Großstädten „die Hauptschulen nach und nach zu Sonderschulen für ausländische Arbeiterkinder würden."

Die aufsehenerregende, wenige Tage vor dem Gelsenkirchener Kongreß in einem Grundsatzpapier erhobene Forderung, die Vorbereitungsklassen für Ausländer, wie sie in Gelsenkirchen seit Jahren erprobt werden, abzuschaffen, schwächte Genc in seiner einleitenden Ansprache merklich ab: „Unter den heute vorherrschenden Bedingungen werden die Vorbereitungsklassen, ob Langform oder Kurzform, zu nationalen Zwergschulen umfunktioniert und sind damit weit davon entfernt, ihrer Aufgabe den ausländischen Arbeiterkindern gegenüber nachzukommen, die Kinder innerhalb von ein oder zwei Jahren in die Regelklassen zu führen."

Sorgen äußerten die türkischen Arbeitervereine auch angesichts der zunehmenden Einweisung ausländischer Kinder in Sonderschulen. Es komme einer nationalen Diskriminierung gleich, wenn etwa in Gelsenkirchen-Rotthausen schon jedes dritte Türkenkind eine solche Schule besuche.

Die überraschende Absage von Oberstadtdirektor Prof. Meya, das Eröffnungsreferat zu übernehmen (offenbar wegen der an diesem Wochenende erneut erhobenen Forderung der Föderation nach grundsätzlich gemeinsamer Beschulung

von Deutschen und Ausländern) kommentierte der Kongreß in einer zweiseitigen Erklärung als befremdend. Offiziell begründet hatte Meya seine Absage mit der einseitigen Ausrichtung der Föderation: „Dies würde Akzente setzen, die auch meine zukünftige Zusammenarbeit mit allen Organisationen ausländischer Arbeitnehmer erschweren würde."

Der DGB-Bundesvorstand hatte zu einem Boykott des Kongresses aufgerufen (Begründung: angebliche nationalkommunistische Einflüsse), dem sich auch der GEW-Landesverband anschloß (was den GEW-Stadtverband freilich nicht von einem Grußtelegramm abhielt). Auch die etwa 100 Mitglieder zählende Arbeitsgemeinschaft türkischer Lehrer in NRW hatte sich von dem Kongreß distanziert.

Auf dem Kongreß nahmen Sprecher des Bundesvorstandes der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich, des FDP-Bundesvorstandes, der DKP, der DKP-Jugendorganisationen SDAJ und „Junge Pioniere" und der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft der Türkei, Gültekin Gazioglu, Stellung zu den angesprochenen Problemen. Unter den Gästen waren der Leiter der Kulturabteilung der türkischen Botschaft (der türkische Bildungsminister hatte ein Grußtelegramm gesandt) und aus Gelsenkirchen unter anderem der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Dr. Rana Kartal, und Schulrat Winciersz.



Bei einem von der Förderation türkischer Arbeitervereine in der Bundesrepublik in die Gesamtschule einberufenen zweitägigen Kongreß erörterten über 500 Türken und Deutsche die Bildungssituation der einen Million ausländischer Kinder in der Bundesrepublik. Am Samstagabend fand eine Kulturveranstaltung der Jugend statt, bei der unter anderem die Gelsenkirchener SAZ-Gruppe auftrat. Foto: W. Dorn

●●

Mindener Tageblatt,
13.2.1978

Türken für gemeinsame Schule mit Deutschen

Zusätzliche Unterrichtung in der Muttersprache wird erwartet

Gelsenkirchen (dpa/lnw). Kinder ausländischer Arbeiter sollten grundsätzlich gemeinsam mit deutschen Kindern unterrichtet und zusätzlich in der Muttersprache unterwiesen werden. Diese Forderung ist Bestandteil eines von der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (Fidef) vorgelegten Berichtes zur Bildungssituation türkischer Kinder, der gestern während eines Kongresses in Gelsenkirchen nahezu einstimmig gebilligt wurde.

An der zweitägigen Veranstaltung nahmen bis zu 700 Gäste und Delegierte der nach Verbandsangaben 65 angeschlossenen Vereine mit zusammen rund 30 000 Mitgliedern teil. Fidef-Vorsitzender Recep Gero warnte davor, ausländischen Kindern in der Bundesrepublik weiter eine qualifizierte Ausbildung vorzuenthalten. Wer das tue, spiele mit dem Feuer und beschwöre sinnlose soziale Auseinandersetzungen herauf.

Die Lösung des Bildungsproblems durch echte Integration in der Schule sei aber ohne unbegrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, ohne Wahlrecht auf kommunaler Ebene und ohne Beseitigung der Gettosituation für ausländische Arbeiter unmöglich.

Der Vorsitzende der Organisation wies darauf hin, daß nach Schätzungen weniger als die Hälfte der zur Zeit rund einer Million ausländischen Kinder in der Bundesrepublik, davon etwa 350 000 Türken, in die Schule geht. 92 Prozent der Eingeschulten besuchten lediglich die Grund- und Hauptschule, zu 60 bis 65 Prozent erreichten sie auch hier keinen Abschluß.

An der Eröffnung des Kongresses nahmen Beauftragte der Bundesvorstände von SPD und FDP teil, die in ihren Grußworten deutliche Kritik am linksorientierten Fidef-Bildungskonzept übten.

„Die Kälte hier in Deutschland, das sind die Menschen"

Eine Art Apartheid für die türkischen Kinder? / Kongreß über die Probleme ausländischer Schüler / Viele Fragen off

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.197

KLU. GELSENKIRCHEN, 12. Februar. In der verschneiten Gelsenkirchner Schule, in der die Föderation türkischer Arbeitervereine (Fidef) am Wochenende einen Kongreß abhielt, gab es an einem der Stände eine Broschüre über „Gastarbeiter und ihre Kinder". Sie begann mit der Heimwehklage eines anatolischen Arbeiters über die Kälte: „Die Kälte hier in Deutschland, das sind die Menschen."

„Wer unseren Kindern und Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung in einem Ausmaß vorenthält, wie das heute geschieht, spielt mit dem Feuer", sagte in der Schulhalle der Vorsitzende der Arbeitervereinigung vor etwa siebenhundert Zuhörern aus der Bundesrepublik. Unter ihnen waren einige hundert türkische Lahrer, aber auch deutsche Kollegen und Eltern. Den Anlaß zu dem Treffen gab der „Bericht zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD", für den die Arbeitervereine der Föderation in deutschen Städten Material gesammelt hatten. Zu den Erfahrungen trugen auch deutsche Lehrer sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bei.

Aus Ankara war der Vorsitzende der türkischen Lehrerverbände, Gültekir, gekommen. Er kehrte nicht vor fremden Türen, sondern rügte die Schulverhältnisse seines Landes, weil dort, so sagte er, noch immer die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben könne. In Istanbul werde die gesetzliche Schulpflicht jetzt zwar hundertprozentig erfüllt, dafür gingen im Südosten des Landes aber auch heute noch weniger als fünfzig Prozent der Kinder in die Schule. Die Regierung tue trotz des Devisenstroms, der von den in der Bundesrepublik lebenden Türken komme, nichts für deren in der Heimat lebenden Kinder: 350 000 seien es, etwa so viele, wie auch mit den Eltern in der Bundesrepublik lebten. Er meinte, für die in der Heimat aufwachsenden Kinder sollten Internate gebaut werden, in denen der Aufenthalt kostenlos sein müsse.

In Deutschland sei der Anteil türkischer Kinder, die eine Schulbildung erhielten, nicht höher als in der rückständigen Türkei, heißt es in dem Bericht der Föderation „Fidef". Jedes dritte der ausländischen Kinder nehme trotz der gesetzlichen Schulpflicht nicht am Schulunterricht teil. In Nordrhein-Westfalen sei dies kürzlich auch amtlich ermittelt worden. Danach blieben allein in diesem Bundesland fast 50 000 ausländische Kinder der Schule fern. (Nach Schätzungen leben eine Million ausländische Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik.)

Insbesondere den Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen wird vorgeworfen, eine Art weitgehender „Apartheid" zu betreiben und auf diese Weise die türkischen Kinder vom regulären Schulunterricht fernzuhalten und sie in Sonderschulen abzuschieben. Unter den verschiedensten Vorwänden habe man Sondereinrichtungen wie „muttersprachliche Klassen", „Langformklassen", „besondere Klassen" eingerichtet oder auch Nationalschulen, die „am Rande des Schulwesens und fernab jeder öffentlichen Kontrolle ihr trauriges Dasein fristen".

So gingen in Nordrhein-Westfalen, wird gesagt, etwa 25 000 türkische Kinder in überfüllte Vorbereitungsklassen, wo sie dann oft steckenblieben. Nach Gelsenkirchen sei der Kongreß gegangen, weil sich in dieser Stadt besonders kraß abzeichne, wie die Vorbereitungsklassen, die laut Düsseldorfer Erlaß in sechsjährige „Langformklassen" auszubauen seien, zu „nationalen Zwergschulen" würden. Einige türkische Lehrer in der Stadt und auch der Ausländerbeirat halten den Versuch mit nur zweijährigen Vorbereitungsklassen in Gelsenkirchen allerdings für gescheitert. Sie sehen die Forderung im „Fidef"-Bericht als zu idealistisch und meinen, „Langformklassen" seien die realistischere Lösung.

Es wurden auf dem Kongreß Vorschläge für eine fundierte Bildung der ausländischen Kinder in den deutschen Schulen unterbreitet, für eine Bildung, die es den Kindern erlauben soll, sich später hier wie im Heimatland der Eltern ohne große Schwierigkeiten zurechtzufinden. Das allerdings bedeutet eine Umstellung der Lehrpläne. Es müßte darin die besondere Situation der Kinder weitaus mehr als bisher berücksichtigt werden. Das Konzept der Föderation der Arbeitervereine enthält zum Beispiel zweisprachige Lese-Schreib-Kurse für ausländische Schulanfänger und bei fehlenden Deutschkenntnissen auch Vorbereitungsklassen (in die Kinder aber keinesfalls länger als zwei Jahre gehen sollten).

Die Konferenz der Kultusminister schickte ein Grußtelegramm an den Kongreß. Von den Bundesvorständen der SPD und der FDP waren Vertreter erschienen. SPD-Mann Heger, Schulleiter eines Duisburger Gymnasiums, begrüßte zwar die Selbsthilfe der türkischen Arbeitervereine, er hielt aber Teile des Berichts „in Sache und Tenor" für falsch. Er hoffe, sagte er, kommunistische Parolen würden aus dem Bericht im Laufe der Beratungen noch herausgenommen werden.

Gegen die Forderung, die Schulaufsicht für den gesamten Unterricht der ausländischen Kinder durch deutsche Behörden zu gewährleisten, wandte Heger ein, Kulturabkommen zwischen den Staaten seien zu beachten. Gültekir hatte gesagt, von der türkischen Regierung in die Bundesrepublik entsandte „faschistische" Lehrer sollten zurückgeschickt werden; mittlerweile seien 10 000 türkische Lehrer als Arbeiter in der Bundesrepublik, so daß die frei werdenden Stellen besetzt werden könnten.

Hessische Allgemeine, Kassel, 14.2.1978

Den Ausländerkindern droht Bildungsmisere

Türkische Arbeitervereine fordern Integration

Kinder ausländischer Arbeiter sollten grundsätzlich gemeinsam mit deutschen Kindern Unterricht und zusätzlich in der Muttersprache unterwiesen werden. Diese Forderung ist Bestandteil eines von der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) vorgelegten Berichtes zur Bildungssituation türkischer Kinder, der während eines Kongresses in Gelsenkirchen nahezu einstimmig gebilligt wurde.

An der zweitägigen Veranstaltung nahmen bis zu 700 Gäste und Delegierte der nach Verbandsangaben 65 angeschlossenen Vereine mit zusammen rund 30 000 Mitgliedern teil. FIDEF-Vorsitzender Recep Genc warnte zu Beginn davor, ausländischen Kindern in der Bundesrepublik weiter eine qualifizierte Ausbildung vorzuenthalten. Wer das tue, spiele mit dem Feuer und beschwöre sinnlose soziale Auseinandersetzungen herauf.

Die Lösung des Bildungsproblems durch echte Integration in der Schule sei aber ohne unbegrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, ohne Wahlrecht auf kommunaler Ebene und ohne Beseitigung der Gettosituation für ausländische Arbeiter unmöglich.

Der Vorsitzende der Organisation wies darauf hin, daß nach Schätzungen weniger als die Hälfte der zur Zeit rund eine Million ausländischen Kinder in der Bundesrepublik, davon etwa 350 000 Türken, in die Schule geht. 92 Prozent der Eingeschulten besuchten lediglich die Grund- und Hauptschule, zu 60 bis 65 Prozent erreichten sie auch hier keinen Abschluß. (dpa)

Türken warnen Deutsche

Südhessische Post, Heppenheim, 15.2.1978

Gastarbeiter: Kein Spiel mit dem Feuer

GELSENKIRCHEN. Organisationen der Gastarbeiter schalten sich, neuerdings sogar mit Warnungen, immer mehr in die Diskussionen über gesellschaftspolitische Fragen in der Bundesrepublik ein. Eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeiterkinder (FIDEF) die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder". Wer ihnen weiter, wie bisher, eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spiele mit dem Feuer", warnte FIDEF-Bundesvorsitzender Recep Genc zur Eröffnung eines Kongresses seiner Organisation zur Bildungslage türkischer Kinder in der Bundesrepublik vor mehreren hundert Teilnehmern in Gelsenkirchen.

Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern und auf die Dauer zu sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen". Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern – die allgemeine Schulpflicht – durchgesetzt". Nach Schätzungen von Genc geht weniger als die Hälfte der zur Zeit rund einer Million ausländischen Arbeiterkinder in der Bundesrepublik, davon etwa 350000 Türken, in die Schule. 92 Prozent der Eingeschulten besuchten lediglich die Grund- und Hauptschule, erreichten aber zu 60 bis 65 Prozent keinen Abschluß. Eine Lösung dieses Problems sei ohne unbegrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, ohne Wahlrecht auf kommunaler Ebene und ohne Beseitigung der „Getto-Situation" für Ausländer unmöglich.

In einer Erklärung betonte der FIDEF, daß die Organisation 65 Vereine mit etwa 30000 Mitgliedern umfasse. In der Leitung arbeiten „demokratische Kräfte der unterschiedlichsten Weltanschauungen" zusammen. Der Verband sei auf breitester Ebene für die Wahl des neuen türkischen Regierungschefs Bülent Ecevit eingetreten und werde von dessen Republikanischen Volkspartei, die etwa der bundesdeutschen SPD entspreche, in seinen Forderungen unterstützt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte auf eine FIDEF-Einladung zum Kongreß gar nicht erst reagiert, weil nach seiner Ansicht die Führung der Organisation „eindeutig kommunistisch" sei und Probleme „oft unsachlich" darstelle. Dagegen nahmen an der Gelsenkirchener Veranstaltung Beauftragte der Bundesvorstände von SPD und FDP teil, die sich in ihren ausführlichen Grußworten aber auch deutlich kritisch zum starken linkslastigen FIDEF-Bildungskonzept äußerten.

●●●●●●●●●●

Mannheimer Morgen, 13.2.1978

Türkische Arbeitervereine kritisieren Bundesrepublik

Gelsenkirchen. (dpa/lnw) Die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder" ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft. Wer ihnen weiter wie bisher eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer", warnte FIDEF-Bundesvorsitzender Recep Genc zur Eröffnung eines zweitägigen Kongresses seiner Organisation zur Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik vor mehreren hundert Teilnehmern in Gelsenkirchen. Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern und auf die Dauer zu sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen". Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern — die allgemeine Schulpflicht — durchgesetzt."

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Türken fordern Gesamtschule mit deutschen Kindern

Reichenhaller Tagblatt, 13.2.1978

dpa **Gelsenkirchen.** Kinder ausländischer Arbeiter sollten grundsätzlich gemeinsam mit deutschen Kindern unterrichtet und zusätzlich in der Muttersprache unterwiesen werden. Diese Forderung ist Bestandteil eines von der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) vorgelegten Berichtes zur Bildungssituation türkischer Kinder, der am Sonntag während eines Kongresses in Gelsenkirchen nahezu einstimmig gebilligt wurde.

FIDEF-Vorsitzender Genc warnte zu Beginn davor, ausländischen Kindern in der Bundesrepublik weiter eine qualifizierte Ausbildung vorzuenthalten.

Recklinghäuser Zeitung, 13.2.1978

Türken fordern gemeinsame Schule mit deutschen Kindern

Gelsenkirchen. (dpa) Kinder ausländischer Arbeiter sollten grundsätzlich gemeinsam mit deutschen Kindern unterrichtet und zusätzlich in der Muttersprache unterwiesen werden. Diese Forderung ist Bestandteil eines von der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) vorgelegten Berichts zur Bildungssituation türkischer Kinder, der gestern während eines Kongresses in Gelsenkirchen nahezu einstimmig gebilligt wurde.

An der zweitägigen Veranstaltung nahmen bis zu 700 Gäste und Delegierte der nach Verbandsangaben 65 angeschlossenen Vereine mit zusammen rund 30 000 Mitgliedern teil. FIDEF-Vorsitzender Recep Genc warnte zu Beginn davor, ausländischen Kindern in der Bundesrepublik weiter eine qualifizierte Ausbildung vorzuenthalten. Wer das tue, spiele mit dem Feuer und beschwöre sinnlose soziale Auseinandersetzungen herauf.

Heidelberger Tageblatt,
13.2.1978

Türkische Arbeitervereine kritisieren Bundesrepublik

Gelsenkirchen. (dpa/lnw) Die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder“ ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft. Wer ihnen weiter wie bisher eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer“, warnte FIDEF-Bundesvorsitzender Recep Genc zur Eröffnung eines zweitägigen Kongresses seiner Organisation zur Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik vor mehreren hundert Teilnehmern in Gelsenkirchen. Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern und auf die Dauer zu sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen“. Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern — die allgemeine Schulpflicht — durchgesetzt.“

Fränkisches Volksblatt, 14.2.1978

Türken wollen mit Deutschen lernen

Vorschläge zur Besserung des Bildungsmangels bei Gastarbeiterkindern

GELSENKIRCHEN. (dpa) Kinder ausländischer Arbeiter sollten grundsätzlich gemeinsam mit deutschen Kindern unterrichtet und zusätzlich in der Muttersprache unterwiesen werden. Diese Forderung ist Bestandteil eines von der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) vorgelegten Berichtes zur Bildungssituation türkischer Kinder, der am Sonntag während eines Kongresses in Gelsenkirchen nahezu einstimmig gebilligt wurde.

FIDEF-Vorsitzender Recep Genc warnte zu Beginn davor, ausländischen Kindern in der Bundesrepublik weiter eine qualifizierte Ausbildung vorzuenthalten. Wer das tue, spiele mit dem Feuer und beschwöre soziale Auseinandersetzungen herauf. Die Lösung des Bildungsproblems durch echte Integration in der Schule sei ohne unbegrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, ohne Wahlrecht auf kommunaler Ebene und ohne Beseitigung der Gettosituation für ausländische Arbeiter unmöglich.

Genc wies darauf hin, daß nach Schätzung weniger als die Hälfte der zur Zeit rund eine Million ausländischen Kinder in Bundesrepublik, davon etwa 350 000 T ken, in die Schule geht. 92 Prozent der E geschulten besuchten lediglich die Gru und Hauptschule, zu 60 bis 65 Prozen reichten sie auch hier keinen Abschluß. die Erfüllung ihrer Forderungen will FIDEF auf breiter Basis und möglichst Unterstützung der DGB-Gewerkschaft ziehung und Wissenschaft eintreten.

Wegen der starken Linkslastigkeit der deration fand der Kongreß kaum die den Veranstaltern gewünschte Reso So hatten der Gelsenkirchener Obers direktor Prof. Dr. Heinz Meya (SPD) ne Teilnahme abgesagt und der Deut Gewerkschaftsbund auf die Einladung nicht reagiert, weil nach ihrer Ansicht kommunistische Element in der FID überwiegt. Dagegen nahmen an der Er nung Beauftragte der Bundesvorstände SPD und FDP teil, die in ihren Grußw ten aber auch deutliche Kritik am lin orientierten FIDEF-Bildungskonzept ten.

Berliner Zeitung,
Berlin DDR, 14.2.1978

Kein Schulunterricht für Gastarbeiterkinder

Bonn. ADN/BZ

Die Menschenrechte werden von den Behörden der BRD tausendfach gegenüber den Kindern ausländischer Arbeiter verletzt. Diese Anklage erhoben die 700 Teilnehmer an einem „Kongreß zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD“ am Wochenende in Gelsenkirchen. Der Vorsitzende der „Föderation der türkischen Arbeitervereine“ (FIDEF), Recep Genk, stellte fest, daß allein im BRD-Land Nordrhein-Westfalen 50 000 Kinder ausländischer Arbeiter im schulpflichtigen Alter keinen Schulunterricht erhalten. Von den Kindern türkischer Arbeiter verlassen 60 bis 65 Prozent die Elementarschulen ohne Abschluß.

Lampertheimer Zeitung, 15.2.1978

„Miserable Situation“ für Kinder

Türkische Arbeitervereine in Deutschland warnen vor „Spiel mit dem Feuer“

Gelsenkirchen. Die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder“ ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft.

Wer ihnen weiter wie bisher eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer“, warnte FIDEF-Bundesvorsitzender Genc zur Eröffnung eines zweitägigen Kongresses seiner Organisation zur Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik vor mehreren hundert Teilnehmern in Gelsenkirchen.

Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern und auf die Dauer zu sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen“. Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern — die allgemeine Schulpflicht — durchgesetzt“.

Nach Schätzungen gingen weniger als die Hälfte der zur Zeit rund eine Million ausländischen Arbeiterkinder, davon etwa 350 000 Türken, in die Schule.

92 Prozent der Eingeschulten besuchten lediglich die Grund- und Hauptschule, erreichten aber zu 60 bis 65 Prozent keinen Abschluß. Eine Lösung dieses Problems sei ohne unbegrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, ohne Wahlrecht auf kommunaler Ebene und ohne Beseitigung der Gettosituation für Ausländer unmöglich.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte jedoch auf eine FIDEF-Einladung zum Kongreß gar nicht erst reagiert, weil nach seiner Ansicht die Führung der Organisation „eindeutig kommunistisch“ sei und Probleme „oft unsachlich“ darstelle. Dagegen nahmen an der Veranstaltungseröffnung Beauftragte der Bundesvorstände von SPD und FDP teil, die sich in ihren ausführlichen Grußworten aber auch deutlich kritisch zum stark linkslastigen FIDEF-Bildungskonzept äußerten.

Die soziale Zeitbombe tickt

Gelsenkirchen. (dpa) Die „miserable Situation ausländischer Arbeiterkinder" ist nach Ansicht der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) eines der Hauptprobleme dieser Gesellschaft. Wer ihnen weiter wie bisher eine qualifizierte Ausbildung vorenthalte, „spielt mit dem Feuer", warnte FIDEF-Bundesvorsitzender Recep Genc zur Eröffnung eines zweitägigen Kongresses seiner Organisation zur Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik vor mehreren hundert Teilnehmern am Wochenende in Gelsenkirchen.

Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes muß nach Ansicht von Genc „chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern und auf die Dauer zu ernsten sozialen Auseinandersetzungen führen". Den Verantwortlichen der Bundesrepublik warf er vor, sie hätten „nicht einmal die elementarste formale Voraussetzung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gegenüber den ausländischen Kindern — die allgemeine Schulpflicht — durchgesetzt".

Nach Schätzungen gingen weniger als die Hälfte der zur Zeit rund eine Million ausländischen Arbeiterkinder, davon etwa 350 000 Türken, in die Schule. 92 Prozent der Eingeschulten besuchten lediglich die Grund- und Hauptschule erreichten aber zu 60 bis 65 Prozent keinen Abschluß. Eine Lösung dieses Problems sei ohne unbegrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, ohne Wahlrecht auf kommunaler Ebene und ohne Beseitigung der Gettosituation für Ausländer unmöglich.

Mehr Chancen für Türken-Kinder gefordert



WENIGER ALS DIE HÄLFTE der zur Zeit rund eine Million ausländischer Arbeiterkinder gehen nach Schätzungen der Föderation türkischer Arbeitervereine in der Bundesrepublik zur Schule. Foto: G.-A.-Archiv

General-Anzeiger für Bonn, 13.2.1978

In einer Erklärung betonte der FIDEF, in den nach eigenen Angaben rund 65 angeschlossenen Vereinen mit zusammen etwa 30'000 Mitgliedern sowie in der Leitung arbeiteten „demokratische Kräfte der unterschiedlichsten Weltanschauungen" zusammen. Der Verband sei auf breitester Ebene für die Wahl des neuen türkischen Regierungschefs Bülent Ecevit eingetreten und werde von dessen Republikanischer Volkspartei in seinen Forderungen unterstützt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte jedoch auf eine FIDEF-Einladung zum Kongreß gar nicht erst reagiert, weil nach seiner Ansicht die Führung der Organisation „eindeutig kommunistisch" sei und Probleme „oft unsachlich" darstelle. Dagegen nahmen an der Veranstaltungseröffnung Beauftragte der Bundesvorstände von SPD und FDP teil, die sich in ihren ausführlichen Grußworten aber auch deutlich kritisch zum stark linkslastigen FIDEFBildungskonzept äußerten.

●●●●●●●●●

Frankfurter Rundschau 14.2.1978

Türken wollen Kinder in deutsche Schulen schicken

GELSENKIRCHEN, 13. Februar (dpa). Kinder ausländischer Arbeiter sollten grundsätzlich gemeinsam mit deutschen Kindern unterrichtet und zusätzlich in der Muttersprache unterwiesen werden. Diese Forderung ist Bestandteil eines von der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (Fidef) vorgelegten Berichtes zur Bildungssituation türkischer Kinder, der an einem Kongreß in Gelsenkirchen nahezu einstimmig gebilligt wurde.

An der zweitägigen Veranstaltung nahmen bis zu 700 Gäste und Delegierte der nach Verbandsangaben 65 angeschlossenen Vereine mit zusammen rund 30 000 Mitgliedern teil. Fidef-Vorsitzender Recep Genc warnte davor, ausländischen Kindern weiter eine qualifizierte Ausbildung vorzuenthalten. Die Lösung des Bildungsproblems sei aber ohne unbegrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, ohne kommunales Wahlrecht und ohne Beseitigung der Gettosituation für ausländische Arbeiter unmöglich.

Genc wies darauf hin, daß nach Schätzungen weniger als die Hälfte der zur Zeit rund eine Million ausländischer Kinder, davon etwa 350 000 Türken, in die Schule gehe. 92 Prozent der Eingeschulten besuchten lediglich die Grund- und Hauptschule, zu 60 bis 65 Prozent erreichten sie auch hier keinen Abschluß.

●●

KONGRESS IN GELSENKIRCHEN: EINE MILLION GASTARBEITER-KINDER SIND OHNE ZUKUNFT

berliner extra dienst 9/78

GELSENKIRCHEN (ED).) Der Bundesvorstand der FIDEF, der Föderation der türkischen Arbeiterorganisationen in der Bundesrepublik, hat für den 11. und 12. Februar nach Gelsenkirchen zu einem Kongreß über die Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD aufgerufen. Dabei wird es freilich nicht nur um die türkischen Kinder, etwa 350 000, sondern auch um die anderen 650 000 Kinder ausländischer Arbeiter in der BRD gehen, deren Situation ebenso miserabel ist.

Die FIDEF ist der größte Ausländerverein in der Bundesrepublik, ihm gehören 65 Regionalvereine an. Er will mit dem Kongreß zeigen, „daß wir willens und fähig sind, bei der Lösung gemeinsamer brisanter Probleme mitzuwirken, was auch der deutschen Bevölkerung zugutekommen wird". Ausdrücklich sind zu dem Kongreß die deutschen Kollegen, vor allem aus den Gewerkschaften, eingeladen. Kontakt: FIDEF, Lichtstraße 31, 4000 Düsseldorf. Der Kongreß wird in deutscher und türkischer Sprache abgehalten.

Deutsche Volkszeitung, 16.2.1978

Ausländerkinder nicht länger benachteiligen

„Die deutsche Bevölkerung", so hatte 1976 ein leitender Beamter des Bundesarbeitsministeriums formuliert, „muß wissen, daß sie auf Dauer nicht in sozialem Frieden leben kann, wenn die soziale und berufliche Integration der Ausländer nicht gelingt ... alles, was an dieser jungen Ausländergeneration versäumt wird, muß eines Tages auf die deutsche Bevölkerung zurückschlagen." Und in den letzten Wochen war viel die Rede von der „sozialen Bombe" der perspektivlosen Ausländerjugend.

Vielmehr als die besagte „deutsche Bevölkerung" sollten allerdings jene wissen, welcher skandalöse Zustand hier produziert wurde, die ihn heraufbeschworen und verantworten — jene Politiker, die im Auftrag bundesdeutscher Konzerne in den frühen 60er Jahre im südlichen Europa massenhaft Arbeitskräfte anwarben.

Und das sind die Fakten, wie sie am vergangenen Wochenende Gegenstand eines Kongresses des türkischen Dachverbandes FIDEF waren: In der Bundesrepublik leben mehr als 1 Million ausländische Kinder und Jugendliche, davon etwa 350 000 Türken; Bereits 1976 waren 20 Prozent der Neugeborenen Kinder ausländischer Arbeiter, mit einer weiteren Steigerung ist zu rechnen.

Ungeachtet dessen trägt die Bildungspolitik den Bedürfnissen und Rechten jener Kinder in keiner Hinsicht Rechnung — wie sonst ist es zu erklären, daß ein Drittel aller ausländischen Kinder nach Angaben des Statistischen Landesamtes NRW nicht die Schule besucht und nichts geschieht, um die Schulpflicht durchzusetzen. 60 bis 65 Prozent der türkischen Schüler verlassen die Hauptschule ohne Abschluß.

Eine wesentliche Ursache dieser krassen Benachteiligung liegt zweifellos in der erforderlichen Zweisprachigkeit, d. h., daß die Kinder befähigt werden müßten, sich in beiden Sprachen und Kulturkreisen zurechtzufinden. Dies ist Grundrecht, Menschenrecht und in der Schlußakte von Helsinki auch von unserer Regierung als verbindlich anerkannt worden.

Was dagegen realiter angeboten wird ist blanker Zynismus: Viele Ausländerkinder haben Schwierigkeiten in Mathematik, da sie den Erklärungen komplizierter Gedankengänge in Deutsch nicht folgen können, ergo: für sie soll Mathematik jetzt abgeschafft werden. Statt gemäß den Forderungen der ausländischen Arbeiter die Kinder in Regelklassen zu integrieren und dies durch muttersprachlichen Unterricht zu ergänzen, werden mit von der letzten Nationalistischen Front-Regierung abgestellten Lehrern, deren einzige Qualifikation häufig im reaktionären Parteibuch besteht, sogenannte Vorbereitungsklassen zu einem mehrjährigen Sonderschulunterricht ausgebaut.

Und was man mit mangelndem Materialeinsatz und nicht wahrgenommener Aufsichtspflicht begünstigt, dient auch gleich noch als probates Mittel, um in Krisenzeiten jene abzuschieben, die am Wohlstand dieses Landes erheblich mitgewirkt haben: nach neuesten Vorschlägen der Bund-Länderkommission sollen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zukünftig von den Deutschkenntnissen des Arbeiters und dem Schulbesuch seiner Kinder abhängig gemacht werden.

Doch es wäre falsch, das Elend der ausländischen Kinder im Bildungsbereich allein mit den fehlenden materiellen Mitteln und Lehrern, allein mit der nichtwahrgenommenen Aufsichtspflicht erklären zu wollen. Dahinter steckt weit stärker der Unwille dieser Regierung, ein demokratisches Bildungssystem durchzusetzen. Deshalb ist auch die Benachteiligung der ausländischen „nur" eine Potenzierung der Benachteiligung deutscher Arbeiterkinder, beispielsweise in Gestalt des dreigliedrigen Schulsystems und in der Hexenjagd auf fortschrittliche Lehrer.

Ob deshalb der Gelsenkirchener Oberstadtdirektor Professor Meya über die Forderungen des FIDEF so erschrocken war, daß er im Gegensatz zu FDP, SPD, DFU und DKP seine Teilnahme am Kongreß kurzfristig absagte?

Mit diesem Kongreß ist nicht nur die Entschlossenheit der ausländischen Arbeiter gewachsen, ihre Belange gemeinsam und organisiert anzugehen. Verbreitert hat sich auch die Front all jener, die für ein demokratisches Bildungswesen in unserem Land eintreten. Hauptlosung des Kongresses: „Für das Recht der Arbeiterjugend auf eine moderne, humanistische, wissenschaftlich fundierte Bildung".

SYLVIA PUKALLUS

---

berliner extra dienst, 17/78

SCHULE
Türkische Gastarbeiter werden ungeduldig

GELSENKIRCHEN. — Mitte Februar fand, wie berichtet, in Gelsenkirchen ein Kongreß zur Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik und in Westberlin statt. Jens Brüning sprach für EXTRA-Dienst mit dem Generalsekretär der Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD und Westberlin, der FIDEF, die diesen Kongreß organisierte: Haydar Dikme. Ein zweites Interview führte ED mit einem unmittelbar Konfrontierten: mit Mehmet Cakir, türkischer Lehrer an einer allgemeinen Berufsschule in Westberlin.

WIR KÖNNEN UNS NUR MIT DEN GEWERKSCHAFTEN DURCHSETZEN

ED: Der Kongreß zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD ist beendet. Wie ist die FiDEF darauf gekommen, diesen Kongreß überhaupt zu machen?

DIKME: Die miserable Bildungssituation der türkischen Kinder, aber auch der anderen ausländischen Arbeiterkinder hat uns bewegt, weil dieses Problem den Menschen sozusagen auf den Kopf schlägt. Es ist eine der wichtigsten ungelösten Fragen geworden. Wir sind von objektiven Gegebenheiten dazu gezwungen worden. Deswegen wollten wir dieses Problem behandeln, unsere Kolleginnen und Kollegen darauf aufmerksam machen, die Eltern, die Jugendlichen, die Kinder und alle Arbeiter, was die Nicht-Lösung dieses Problems mit sich bringen könnte, was für Gefahren für uns bestehen. Dazu haben wir in den verschiedenen Mitgliedsvereinen der FiDEF Vorarbeiten geleistet.

ED: Wie sahen die Vorbereitungen aus?

DIKME: Wir haben die Erfahrungen der deutschen Kolleginnen und Kollegen, die gewerkschaftlich organisiert sind, berücksichtigt. Auch Forderungen der Gewerkschaft, z.B. der GEW, mit denen wir übereinstimmen. In verschiedenen Mitgliedsvereinen der FiDEF wirken auch unsere deutschen Kollegen mit, weil sie auch türkische Kinder unterrichten.

ED: Was sind Eure Hauptforderungen?

DIKME: Wir fordern grundsätzlich eine demokratische Gesamtschule, weil wir den Widerspruch, der im dreigliedrigen Schulsystem der allgemeinbildenden Schulen existiert, erkannt haben. Wir haben erkannt, daß dieses Schulsystem ein großes Hindernis für die deutschen wie für die ausländischen Arbeiterkinder ist. Wir fordern eine zehnklassige demokratische Gesamtschule. Solange das nicht verwirklicht ist, werden die großen Massen der Arbeiterkinder (bei den türkischen Kindern 95 %) in die Hauptschule wandern. Wenn man berücksichtigt, daß 65 % ohne Hauptschulabschluß die Schule verlassen, zur Arbeitslosigkeit, zu Schwarzarbeit verurteilt, weil dieser Widerspruch da existiert, ist klar unsere Hauptforderung die demokratische Gesamtschule. Das heißt nicht, daß wir nur darauf warten. Wir werden natürlich auch dafür kämpfen, daß unsere Kinder auf das Gymnasium kommen. Dazu kommt als Forderung die Beseitigung des Analphabetismus unter den türkischen Kindern. Immerhin können 1/3 der

türkischen Kinder nicht zur Schule gehen. Die Zahl ist wahrscheinlich noch höher.

ED: Welche Forderungen habt Ihr bezüglich der sogenannten Integration aufgestellt?

DIKME: Wir wollen, daß unsere Kinder mit den deutschen Kindern zusammen sind, daß der muttersprachliche Unterricht als Pflichtfach in die Regelklassen eingeführt wird. Vorläufig haben wir die Vorstellung: fünf Stunden pro Woche. Wir fordern zusätzlichen Förderunterricht, im vorschulischen Bereich eine gemeinsame Vorerziehung in Kindergärten und vorschulischen Einrichtungen, die von zweisprachigen Erziehern durchgeführt wird. Im Grunde genommen ist uns egal, ob der Erzieher Deutscher oder Ausländer ist. Hauptsache, er beherrscht die beiden Sprachen. Grundsätzlich fordern wir zweisprachige Lehrer. Vorläufig aber könnte man zwei Lehrer einsetzen. Das wird in Schweden praktiziert. Wir haben auch Forderungen für Jugendliche, für Erwachsenenbildung. Als Sofortmaßnahmen fordern wir die Beseitigung der gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Hindernisse, die unseren Jugendlichen die Möglichkeit versperren, eine Arbeit aufzunehmen, die Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeit einfach beseitigen.

ED: Diese Hindernisse sind ja insbesondere die Abgangszeugnisse, die nicht zum Besuch einer weiterführenden Schule berechtigen. Wie wollt Ihr jetzt Eure Forderungen durchsetzen?

DIKME: Mit diesem Kongreß haben wir zusätzliche Verbündete gewonnen. Besonders unter der Lehrerschaft, aber auch aus den anderen Arbeitervereinen. Wir wollen jetzt die Forderungen popularisieren, eine massenhafte Basis dafür schaffen. Klar ist für uns, daß wir unsere Forderungen nur über unsere Gewerkschaften und in unseren Gewerkschaften zur Wirklichkeit werden lassen können. Wir werden alle unsere Lehrer aufrufen, daß sie Mitglieder in der GEW werden und daß sie aktiv mitwirken.

ED: Der Kongreß ist ja von einigen Gruppen und Verbänden — auch Parteien — boykottiert worden. Seht Ihr darin eine Erschwernis für Eure weitere Arbeit?

DIKME: Erschwernis in dem Sinne, wenn diese Boykotte sich in Verleumdungen umwandeln, bei der öffentlichen Meinungsbildung negative Folgen haben, also Vorurteile schaffen. Sonst aber war die Beteiligung auch seitens der Parteien gut. Es waren SPD-, FDP-Vertreter da, DKP, Jugendverbände waren da. Ausländerverbände waren da. Wir glauben, daß wir heute erreicht haben: Popularisierung der Frage. Jetzt müssen wir noch eine massenhafte Basis dafür schaffen.

ED: Und Ihr werdet sicherlich auch bei den Bürokraten vor der Tür stehen müssen — Tag für Tag —, und auf diese dreinreden, damit dort etwas in Bewegung kommt.

DIKME: Sicher. Das werden wir gemeinsam mit unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen machen. Wir hatten schon vor dem Kongreß alle Kultusministerien der Länder um ein Gespräch gebeten. Sie haben gesagt, grundsätzlich sind sie bereit. Das war ja immer der Fall. Und wir haben auch mit dem neuen zuständigen Ministerialrat in Nordrhein-Westfalen darüber gesprochen. Er meinte, er wäre grundsätzlich bereit, in konkreten Aktivitäten mit FIDEF Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Wie sich das in Zukunft entwickeln wird, wissen wir nicht.





BERICHT
zur Bildungssituation
türkischer Kinder in der BRD

FIDEF YAYINLARI-5

(Die FIDEF hat mit Zustimmung des Kongresses eine qualifizierte Broschüre mit Fakten, Analysen und einem Forderungskatalog zur Bildungssituation vorgelegt. Sie ist gegen Einsendung von 4 DM erhältlich bei FIDEF, Lichtstraße 31, 4000 Düsseldorf.)

ÜBT SOLIDARITÄT !

ABONNIERT DIE ZEITUNG DER FIDEF

Kongreß der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik

Sonderschule als letzte Station für die Ausbildung türkischer Kinder?

Vorwurf an unsere Schulbehörden / Forderungsprogramm auf gleiche Chancen in der Schule

In der Bundesrepublik leben heute weit mehr als eine Million ausländischer Kinder und Jugendlicher. Es sind Kinder ausländischer Arbeiter, die von den Konzernen zu einer Zeit ins Land geholt wurden, als sie glaubten, mit den einheimischen Arbeitskräften allein nicht mehr auskommen zu können. Die weitaus stärkste Gruppe unter diesen ausländischen Arbeiterkindern stellen die Kinder türkischer Arbeiter, deren Anzahl man heute bereits auf 350 000 schätzt. Zur Bildungssituation dieser Kinder war am 11. und 12. Februar in Gelsenkirchen ein Kongreß, den die „Föderation der türkischen Arbeitervereine" (FIDEF) initiiert hatte. Der Föderation gehören 65 regionale Mitgliedsvereine in der Bundesrepublik an. Teilnehmer waren aber auch eine Anzahl deutscher Elternvertreter, Gewerkschafter, Lehrer und Sozialarbeiter.

Übereinstimmend wurde den Behörden in der Bundesrepublik vorgeworfen, die elementarsten formalen Voraussetzungen der allgemeinen Schulpflicht den ausländischen Kindern gegenüber nicht erfüllt zu haben.

Allein in Nordrhein-Westfalen erhalten 50 000 ausländische Kinder keinen Schulunterricht. Von den 127 000 türkischen Kindern, die allgemeinbildende Schulen besuchen, verlassen im Bundesmaßstab 60 bis 65 Prozent die Hauptschule ohne Abschluß. Zunehmend werden diese Kinder in „Sonderschulen für Lernbehinderte" geschickt. In manchen Orten, so zum Beispiel in Gelsenkirchen-Rotthausen, sollen 30 Prozent der türkischen Kinder in diese Sonderschulen gesteckt werden.

Der Kongreß stellte in verschiedenen Arbeitsgruppen Forderungen zur Änderung dieser Situation auf:

- Das Recht auf eine moderne humanistische und wissenschaftlich fundierte Bildung für deutsche wie für ausländische Kinder.
- Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht auch für Kinder ausländischer Arbeiter.
- Schulaufsicht und Verantwortlichkeit haben allein bei den Behörden der Bundesrepublik zu liegen, jede Einmischung ausländischer Stellen muß strikt unterbleiben.
- Über die Einstellung der Lehrer haben nur die bundesdeutschen Behörden zu entscheiden. Keine Einstellung von Lehrern, die die faschistische Ideologie vertreten. Keine Bespitzelung der türkischen und deutschen Lehrer durch Organe des türkischen oder bundesdeutschen Verfassungsschutzes.
- Unterrichtung der türkischen Kinder grundsätzlich gemeinsam mit den deutschen Kindern. Zusätzlich fünf Wochenstunden Unterricht in der Muttersprache und darüber hinaus Informationen über das Heimatland als zeugniswirksame Pflichtfächer sowie Förderunterricht.
- An den Volkshochschulen sind zur Erwachsenenbildung für Ausländer spezielle Kurse einzurichten. Diese Kurse sollen den ausländischen Arbeitern und ihren Familien helfen, Alltagsprobleme zu meistern. Die Sprachkurse „Deutsch für Ausländer" sind dementsprechend zu erweitern.
- Da die türkischen Arbeiter zu über 90 Prozent Hilfsarbeitertätigkeit ausüben, sind Kurse zur beruflichen Qualifizierung einzuführen mit dem Ziel, einen Beruf zu erlernen.

Der Kongreß hat die Arbeiter und Gewerkschaften in der Bundesrepublik aufgerufen, gemeinsam mit ihren türkischen Kolleginnen und Kollegen von den Kultusministerien und Landesregierungen zu verlangen, daß für deutsche und ausländische Arbeiterkinder gleiches Recht auf Bildung und Ausbildung durchgesetzt wird.

Wer mehr über die Bildungssituation türkischer Kinder und über die Forderungen zur Behebung dieser Misere wissen will, erhält eine Informationsbroschüre in deutscher Sprache von der Presseabteilung beim Bundesvorstand der FIDEF, Lichtstraße 31, 4000 Düsseldorf.

unsere zeit, 21.2.1978



In Köln: Sollen sie in die Sonderschulen abgeschoben werden? Foto: Jakobi